

2018 rückt näher

von Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur



In der Regel verläuft – verglichen mit der kantonalen oder der Bundesebene – die Winterthurer Lokalpolitik recht beschaulich und überblick-

bar. Die vergangenen anderthalb Jahre jedoch waren alles andere als langweilig und von starken Turbulenzen geprägt. Wichtige Fragen wie die Sanierung der Pensionskasse, die Wiederherstellung des zerrütteten Vertrauens in Stadtwerk nach den Ereignissen um Biorender und die Wärme Frauenfeld AG, aber auch der Sanierungsbedarf der Finanzen standen im Fokus des politischen und des öffentlichen Interesses. Die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat legt die Finger konsequent auf die wunden Punkte und nimmt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wahr. Der erste Winterthurer Stadtrat der Grünen hatte mit Stadtwerk insgesamt keine glückliche Hand. Sein Anfang April 2017 gewählter Nachfolger übernimmt das Departement Schule und Sport und macht mit alten, ausgestopften Tieren Schlagzeilen. Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser Tat.

Mit dem Wechsel von Stefan Fritschi, ehemaliger Vorsteher Schule und Sport, ins Departement Technische Betriebe hat der Stadtrat Führungsstärke bewiesen. Im Vordergrund steht die Wiederherstellung des Vertrauens in Stadtwerk. Dem bürgerlichen Stadtrat sind aber auch einige weitere, wichtige Erfolge gelungen. Dazu gehört das neue Museums-konzept, die Sanierung der Stadtfinanzen, die Leistungsverträge mit den Kulturschaffenden, der Gestaltungsplan auf dem Sulzer Areal Stadtmitte, das neue Polizeigebäude und anderes mehr. Dass gewisse Projekte wie z.B. die «Gestaltung» der Zürcherstrasse abgeblasen wurden oder sich der Stadtrat in weiser Beurteilung der Lage gegen die Parkplatzver-ordnung des früheren Stadtrates gestellt hat, darf als Erfolg gewertet werden. Auch wenn nicht jedes Projekt umgesetzt und jede Erwartung erfüllt werden konnte, hat der Stadtrat

unter bürgerlicher Führung insgesamt erfüllt. Daran ändert auch das Geschwätz von Rot-Grün über den angeblichen «Stillstand» nichts. Das neue Museumskonzept wird Realität. Das Polizeigebäude wird ebenfalls Realität und weiteres mehr.

Die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat ist in bester Verfassung. Nicht nur ist ihre Medienpräsenz gross. Sie gestaltet aktiv die Politik, wie sich unter anderem an drei umfangreichen Vorstosspaketen zur Zukunft des Verkehrs, der Kultur und der Wirtschaft messen lässt. Basis dafür ist die von der FDP Winterthur, der Gemeinderatsfraktion und den Jungfreisinnigen 2014 / 2015 gemeinsam lancierte «Vision 2050».

Die drei Stadtratsmitglieder Stefan Fritschi, Barbara Günthard-Maier und Josef Lisibach sowie Stadtpräsident Mike Künzle verdienen am 4. März 2018 ihre Wiederwahl. Die FDP Fraktion im Grossen Gemeinderat soll ihre Vertretung um ein bis zwei Mitglieder ausbauen können. Mit dem Departementswechsel im Stadtrat per 1. Juli 2017 hat die FDP den Vorsteher des Departements Schule und Sport an die Grünen abgegeben. Es ist deshalb nur richtig, wenn die FDP in den Wahlen in die Kreisschulpflegen am 10. Juni 2018 ihre Position ausbaut.

Bei den Notariaten und den Stadtammann- und Betriebsämtern will die FDP ihre Position halten und die Wiederwahl des Notars Altstadt, des Stadtammanns- und Betriebsbeamten Altstadt und jenes von Oberwinterthur sichern. Mindestens halten, wenn immer möglich ausbauen will die FDP ihre Position in den Kirchenpflegen.

Dies alles geht nur mit einer tatkräftigen Unterstützung seitens der Basis und der Sympathisanten und Sympathisantinnen. Wahlen sind kein Geschäft des Parteivorstands oder der Fraktion, sondern eine Angelegenheit von uns allen. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Volksabstimmungen vom 24. September 2017

Eidgenössische Vorlagen

Gegenvorschlag zur Ernährungsinitiative	Ja
AHV-Reform	2 x Nein

Kantonale Vorlagen

Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (Heimfinanzierung)	Nein
Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene	Ja
Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs	Ja
Gegenvorschlag zur Anti-Stauninitiative	Ja

Städtische Vorlage

Einheitliche Zuständigkeit bei Einbürgerungen	Nein
---	------

Inhalt Ausgabe 3/2017

Städtische Vorlage	2
Kantonale Vorlagen	3
Eidgenössische Vorlagen	4
Aus dem Stadtrat	5
Kunststadt Winterthur	6
Aus Andelfingen	7
Ein Schmetterling für Winterthur	
Veranstaltungskalender	8

In eigener Sache

Martin Kuhn verlässt das Redaktionsteam der FDP Nachrichten. Seinem Engagement verdanken wir den neuen Auftritt unserer Mitgliederzeitung. Wir danken Martin ganz herzlich für seinen grossen Einsatz und die gute Zusammenarbeit! **Patrick Brunner** hat sich neu für die Mitarbeit bei den FDP Nachrichten zur Verfügung gestellt und wir heissen ihn herzlich willkommen.

Einbürgerungen dürfen in Winterthur nicht zum Verwaltungsakt werden

Thomas Leemann, Gemeinderat



Am Wochenende vom 24. September 2017 stimmen wir in Winterthur über die einheitliche Zuständigkeit bei Einbürgerungen ab. Ich werde Ihnen kurz erläutern, wie es zu die-

ser links-grünen Vorlage kam, die auch der Stadtrat unterstützt.

Am 15. September 2014 reichten Gemeinderäte und Gemeinderätinnen von Grüne/AL, GLP/PP, SP und EVP eine Motion ein, wonach in Zukunft das Bürgerrecht an Bewerberinnen und Bewerber, die im Ausland geboren wurden, durch die Verwaltung (Stadtrat) erteilt werden soll.

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 18. April 2016 wurde die Motion durch eine links-grüne Mehrheit gegen den Willen der bürgerlichen Parteien an den Stadtrat überwiesen.

Die heutige Praxis in Winterthur sieht so aus: Die Verwaltung überprüft bei jeder Bewerbung folgende Kriterien: Selbsterhaltung, offene Steuerschulden, fester Wohnsitz in Winterthur, keine Sozialhilfebezüge und bestandener Deutschtest. Sind die Kriterien erfüllt, erfolgt eine Einladung zur Anhörung durch die sieben Mitglieder der Bürgerrechtskommission, welche vom Volk gewählt sind. Die Kandidaten erhalten vor der Anhörung eine Broschüre, welche Grundlage für die Befragung durch die Kommission bildet. Im Anschluss an die Anhörung beraten die Kommissionsmitglieder, welche Empfehlung sie dem Gemeinderat abgeben werden. Der Gemeinderat stimmt an den Gemeinderatsitzungen über die einzelnen Gesuche ab. Durch den Einbezug des Parlaments im Einbürgerungsverfahren wird das Prinzip der Demokratie verwirklicht.

In der Motion werden mehrere Probleme beschrieben, die sachlich widerlegt werden können.

Erstens:

Der Umweg über die Kommission zum Gemeinderat sei aufwendig und kompliziert.

Dem ist nicht so. Die Verwaltung würde auch ohne eine Bürgerrechtskommission die Dossiers auf ihre Vollständigkeit überprüfen und dann weiterbearbeiten.

Zweitens:

Der Persönlichkeitsschutz der Kandidaten sei nicht gewährleistet.

Jedes Kommissions- und Gemeinderatsmitglied ist dafür verantwortlich, dass keine persönlichen Daten der Kandidaten an die Öffentlichkeit gelangen. Seit 2014 bin ich der Präsident der Bürgerrechtskommission. Bei mir ist es bis heute nie vorgekommen, dass im Rat über persönliche Daten aus den Dossiers der Kandidaten gesprochen wurde.

Drittens:

Keine einheitliche Behandlung der Einbürgerungsgesuche durch die Kommission.

Die Befragung durch die Kommission kann nicht ausgewogener sein als sie heute ist. Die Kommission setzt sich aus Vertretern verschiedener Parteien: 1 GLP, 1 Grüne, 2 SP, 2 SVP und 1 FDP, zusammen.

Viertens:

Da die Kandidaten bereits einen Deutschtest erfolgreich bestanden haben, kann sich die Kommission auf die Staatskundefragen und die Integration konzentrieren.

Fünftens:

Durch die einheitlichen Einbürgerungen ohne die Bürgerrechtskommission könnten Kosten gespart werden. Die Kosten von Einbürgerungen sind Gebühren. Gebühren dürfen nur den entstandenen Aufwand abdecken und keinen Ertrag abwerfen. Also bleibt auch das ein Null-Summen-Spiel.

In der Weisung des Stadtrates war vorgesehen, dass die Kandidaten gleich beim Einreichen ihrer Einbürgerungsunterlagen am Schalter durch die Stadtkanzlei (1 Angestellte/er) über die Staatskunde befragt werden sollen. Die Stadtkanzlei würde anschliessend selber beurteilen, ob die Staatskundekenntnisse ausreichen.

Die FDP hat in der Kommission den Antrag

gestellt, dass auch der Staatskundetest wie schon der Deutschtest durch eine zertifizierte Schule durchgeführt werden soll, sollte die Vorlage vom Souverän angenommen werden. In der Kommission wurde der Ergänzungsantrag angenommen.

Die Integration der Kandidaten kann nicht über einen schriftlichen Test oder am Schalter der Stadtkanzlei bei der Antragsstellung ermittelt werden. Die Integration ist ein wichtiger Bestandteil zum Leben in der Schweiz und darf nicht durch die einheitliche Einbürgerung durch den Stadtrat zum Verwaltungsakt werden.

Es ist auch fraglich, ob der Stadtrat die Zeit hat, alle Einbürgerungsdossiers einzeln zu studieren und allfällige Fragen zur genaueren Abklärung der Stadtkanzlei zurückzusenden. Oder werden an der Stadtratssitzung die Dossiers einfach nur durchgewinkt? Gerne überlasse ich Ihnen Ihre Meinungsbildung zu diesem Sachverhalt.

Mit dieser Motion will das Links-Grüne Parlament nur weitere Verantwortung an die Verwaltung (Exekutive) abschieben.

Aus diesem Grund hat die FDP im Grossen Gemeinderat von Winterthur am 22. Mai 2017 erneut den Ablehnungsantrag gestellt. Leider ohne Erfolg. Im Grossen Gemeinderat wurde die Vorlage mit 32 zu 24 Stimmen angenommen. Der Stadtrat hat sich wie die links-grüne Mehrheit im GGR dieser Vorlage angeschlossen. Am Wochenende vom 24. September 2017 wird eine Volksabstimmung stattfinden. Sie als Stimmbürger haben dann an der Urne das letzte Wort zu dieser Vorlage. Wir von der FDP sind klar der Meinung, dass Einbürgerungen kein Verwaltungsakt werden dürfen.

Bitte unterstützen auch Sie uns im Kampf gegen diese Vorlage.

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Rohner Spiller – die erste komplett
klimaneutrale Digitaldruckerei in
der Region Winterthur.

Kantonale Vorlagen

von Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Nein zum Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge

Seit 2015 ist das Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge in der kantonsrätlichen Behandlung. Dabei wird auch der Kostenschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden geregelt. Mitten in die Behandlung platzte der Bundesgerichtsentscheid, die bisherige Praxis der Kostenverrechnung an die Gemeinden sei gesetzlich nicht genügend abgestützt. Über die darauf vom Regierungsrat vorgelegte Notgesetzgebung muss wegen des Gemeindereferendums am 24. September abgestimmt werden. Die Argumente zeigten auf der einen Seite die höheren Kosten für den Kanton auf. Es wurde aber auch argu-

mentiert, dass keine übereilte Gesetzesanpassung vorgenommen werden sollte. Die Delegierten der FDP Kanton Zürich folgten ihrer Kantonsratsfraktion und dem Vorstand und lehnen die Änderung ab.

Ja zum Sozialhilfegesetz

Vorläufig Aufgenommene sollen im Kanton Zürich keine Sozialhilfeleistungen mehr beziehen können, sondern der Asylfürsorge unterstehen. Dadurch soll ein stärkerer Anreiz gesetzt werden, dass sich vorläufig Aufgenommene rascher in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Gemeinden befürchten, dass zusätzliche Kosten bei ihnen anfallen werden. Die FDP hat Verständnis für diese Befürchtungen, anerkennt aber die Tatsache, dass ein Teil der Kosten wie z.B. für die Krankenkasse vom Kanton vergütet wird. Fraktion und Vorstand der FDP Kanton Zürich haben dieser Änderung zugestimmt. Die Delegierten der Kantonalpartei haben ebenfalls die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Steuergesetzänderung

Mit der Änderung des Steuergesetzes wird der Arbeitswegkostenabzug begrenzt. Im Rahmen des Sanierungspaketes Leistungsüberprüfung 16 (Lü16) des Kantons war die Höhe des Pendlerabzuges umstritten. Der Regierungsrat wollte den Pendlerabzug ursprünglich auf Fr. 3'000 festlegen. Die FDP war diesem Ansinnen nicht abgeneigt, da so Fehlanreize in der Mobilität korrigiert werden können. Für die FDP war aber klar, dass die Einführung fiskalquotenneutral erfolgen müsse. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 16 (Lü16), welche auch die Begrenzung des Arbeitswegkostenabzuges umfasst, konnte die FDP-Fraktion mit den beiden anderen bürgerlichen Parteien einen Kompromiss bei Fr. 5'000 schliessen. Die Delegierten folgten bei dieser Parolenfassung mit Ja ihrer Fraktion und dem Parteivorstand.

JA zu leistungsfähigen Strassen im Kanton Zürich

von Romana Heuberger, a. Verfassungsärztin



Am 24. September 2017 stimmen wir über den von Kantons- und Regierungsrat ausgearbeiteten Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative» ab. Die Vorlage sorgt dafür,

dass der motorisierte Privatverkehr als wichtigstes Verkehrsmittel analog dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) in der Verfassung explizit verankert wird. Die Bestimmungen verpflichten den Kanton, für ein leistungsfähiges Staatsstrassennetz zu sorgen. Kapazitätseinschränkungen sind nur möglich, wenn sie im umliegenden Strassennetz kompensiert werden.

Über 60 Prozent der gefahrenen Personenkilometer im Kanton Zürich werden mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zurückgelegt. Gleichzeitig fallen 57% der mit dem ÖV gefahrenen Strecken auf Busse, welche ebenfalls im Strassennetz verkehren. Steht somit ein leistungsfähiges Strassennetz für den MIV im Gegensatz zur Förderung des ÖV? Nein, im Gegenteil!

In seinem Antrag zur Priorisierung des ÖV in Winterthur schreibt der Stadtrat, dass mit den Massnahmen, welche aus einer von ihm in Auftrag gegebenen Planstudie resultieren, «der Verkehrsfluss für den MIV und den ÖV sichergestellt wird». Eine intelligente Buspriorisierung durch eine effiziente Verkehrssteuerung verflüssigt den Gesamtverkehr in Winterthur und dient sowohl den ÖV-Nutzern wie auch dem MIV. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass ein gleichwertiges Miteinander statt Gegeneinander zu Lösungen führt, welche allen Verkehrsteilnehmern nützen.

Ineffiziente Verkehrswege dagegen fördern den Stau und führen damit zu Stress und Verkehrsunfällen. Doch Staus kosten nicht nur Nerven. Leistungsfähige Strassen bilden die Lebensader der Schweizer KMU. Verstopfen sie, kommt es zum Infarkt – Termine können nicht eingehalten, Waren nicht ausgeliefert werden. Staus verursachen im Kanton Zürich einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 264 Mio. Franken pro Jahr. Während ein Schweizer Autofahrer im Mittel 27 Stunden im Stau steht, sind es beim Zürcher deren 54. Eine weitere Zunahme der Stautunden im Kanton Zürich gilt es zu verhindern. Eine Reduktion der bestehenden Leistungsfähigkeit einzelner Strassenabschnitte muss deshalb neu zwingend im umliegenden Strassennetz kompensiert werden.

Setzen Sie mit einem JA zur Verfassungsänderung ein klares Zeichen für eine gleichwertige Förderung des MIV und des ÖV – denn es braucht ein leistungsfähiges Gesamtverkehrsnetz, um den Mobilitätsbedürfnissen der wachsenden Bevölkerung und der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

www.ja-zh.ch



Eidgenössische Vorlagen

von Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Ja zum Gegenvorschlag zur Ernährungsinitiative

In der Frühjahrssession 2017 haben die eidgenössischen Räte einen Gegenentwurf zur Volksinitiative des Schweizer Bauernverbandes verabschiedet. In der Folge haben die Initianten ihren Vorschlag zurückgezogen. Das Volk wird sich also einzig zu diesem Gegenentwurf äussern können. Die Initiative verlangte vom Bund, Massnahmen zur Verbesserung der Bevölkerungsversorgung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion zu ergreifen. Zu diesem Zweck schlug sie die Einführung eines ergänzenden Artikels 104a (Ernährungssicherheit) in der Bundesverfassung vor, der Massnahmen zur Reduktion des Kulturlandverlustes und zur Umsetzung einer Qualitätsstrategie fordert. Mit dem Gegenentwurf, der genauere und detaillierte Ziele vorschlägt, hält das Parlament an der Einführung eines neuen Artikels 104a fest und sieht in dieser Bestimmung vor, dass der Bund zur Gewährleistung der Bevölkerungsversorgung mit Lebensmitteln die Voraussetzungen für den Erhalt der Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion und insbesondere des Kulturlands schafft. Ausserdem stellt der Bund eine den örtlichen Gegebenheiten angepasste Produktion und die effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen sicher. Während die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Nahrungsmittelindustrie den Anforderungen des Marktes gerecht werden müssen, sollen die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dieses Sektors leisten. Schliesslich verlangt der Vorschlag auch eine ressourcenschonende Verwendung der Lebensmittel. Die Delegierten der FDP Schweiz haben dem Vorschlag zugestimmt und die JA-Parole beschlossen.

2x Nein zur AHV-Reform

Wer heute in Rente geht, ist in den meisten Fällen gut abgesichert. Das gilt in Zukunft nicht mehr. Im Schnitt werden wir heute elf Jahre älter als 1948 bei der Einführung der AHV. 1948 kamen auf eine pensionierte Person 6,5 zahlende Erwerbstätige. Heute sind es noch 3,4 Erwerbstätige. 2035 dann nur noch 2,3. Die Situation wird sich noch verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Pension gehen. Wer heute als junger Erwerbstätiger monatlich AHV-Beiträge einbezahlt, kann

nicht mehr sicher sein, ob er selber im Alter überhaupt noch eine Rente erhalten wird.

Ungerecht für die Jungen: Ungedeckter Milliarden-Scheck

Wir müssen reagieren und mit einer echten Sanierung dafür sorgen, dass die Jungen wieder an eine Rente im Alter glauben können. Doch anstatt über eine echte Sanierung stimmen wir über eine AHV-Ausbau-Vorlage ab. Neurentner, auch Rentnermillionäre, sollen im Giesskannenprinzip monatlich 70 Franken mehr AHV erhalten. Alleine das kostet jährlich zusätzlich 1.4 Milliarden Franken. Bis 2030 wird das Loch in der AHV auf jährlich über 3 Milliarden Franken anwachsen. Die AHV-Reform kommt damit einer Kündigung des Generationenvertrags gleich. Obwohl die Renten der Jungen nicht gesichert sind, burden wir ihnen massive Mehrkosten auf.

Ungerecht für Rentner: Zwei-Klassen-AHV

70 Franken mehr AHV sollen gemäss der Reform nur die Neurentner erhalten. Wer also heute schon pensioniert ist, der geht leer aus. Das führt zu einer zwei Klassen AHV. Zwei Personen, die während des Erwerbslebens gleich viel in die AHV einbezahlt haben, erhalten unterschiedlich hohe Renten. Das widerspricht dem Grundgedanken des Solidarwerks der AHV. Und es ist umso mehr eine Ungerechtigkeit, als die heutigen Rentner für den AHV-Ausbau zünftig zu Kasse gebeten werden. Denn um den teuren AHV-Ausbau zu finanzieren, wird die Mehrwertsteuer rasch um 0.6 % erhöht – ab 2025 muss nochmals mit einem zusätzlichen MwSt.-Prozent gerechnet werden. Mit jedem Kaffee, jedem Einkauf und jedem Bahnbillett bezahlen die Rentner also für einen ungerechten AHV-Ausbau, von dem sie ausgenommen sind.

Ungerecht für wirklich Bedürftige

Doppelt bestraft werden Menschen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Für sie verteuern sich sämtliche Konsumgüter und Güter des täglichen Bedarfs mit der höheren Mehrwertsteuer. Von den zusätzlichen 70 Franken sehen sie aber keinen Rappen. Denn die Ergänzungsleistungen, die sie erhalten, werden um den gleichen Betrag gekürzt. Und weil sie auf dem Papier höhere Renten erhalten, bezahlen sie höhere Steuern und drohen den Anspruch auf Vergünstigungen wie beispielsweise die Befreiung der Mediensteuer für die SRG zu verlieren. Wer wirklich auf die AHV angewiesen ist, wird mit der Reform sogar bestraft.

Um unsere Altersvorsorge und die Renten für alle langfristig zu sichern, braucht es eine echte Reform. Die AHV-Reform ist ungerecht und macht fast alle zu Verlierern. Ein Nein macht den Weg frei für einfachere und echte Lösungen. Die Delegierten der FDP Schweiz haben mit 256 zu 4 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.



www.generationenallianz.ch

HOFMANN Gartenbau



Gartenarchitektur



Gartenbau



Gartenpflege

Telefon 052 245 19 19
www.gartenbau.ch

Dornröschen erwacht

von Barbara Günthard-Maier, Stadträtin



Langweilige Arbeiterstadt? Schattengewächs Zürichs? Lange wurde Winterthur von allen Seiten belächelt und unterschätzt – zu Unrecht! Denn Winti ist unglaublich attraktiv und entwickelt sich je länger je mehr zu einer modernen, pulsierenden Grossstadt. Nicht zuletzt zeigt sich dieser Imagewandel auch darin, dass immer mehr Leute nach Winterthur ziehen. Zeit also das Tal der Minderwertigkeitskomplexe hinter sich zu lassen und sich auf die Stärken und typischen Winti-Eigenschaften zu besinnen. Denn auf diese dürfen wir durchaus stolz sein!

Inmitten von sieben bewaldeten Hügeln, nahe am Flughafen gelegen, verbindet Winterthur bewährte Werte mit Innovation. Industriekonzerne wie Rieter und Sulzer schrieben in der Arbeiterstadt Geschichte. Ihre Gründer hinterliessen uns ein kulturelles Erbe, das durch Museen wie Oskar Reinhart, die Sammlung am Römerholz oder die Villa Flora Welt- ruhm geniesst. Heute arbeiten Winterthurerinnen und Winterthurer in Clean-Tech-

Unternehmen, an der Zürcher Fachhochschule ZHAW oder in einem der zahlreichen bodenständigen und innovativen KMU.

Hier findet man von überall innert weniger Minuten ins Grüne, zu Sport- und Freizeitanlagen oder Parks. Mitten in unserer Altstadt lässt sich in der charmanten Open-Air-Einkaufsmeile gemütlich bummeln und nach Trends und Nischenprodukten schmökern. Wir haben einzigartige Cafés, Bars und ein vielfältig kulturelles Angebot, das wir auch zu nächtlicher Stunde entspannt und sicher geniessen können. Es sind initiative Menschen, die diese traditionelle Arbeiterstadt in einen modern-nachhaltigen und pulsierenden Ort umgestalten. Seien es die visionären Arbeitgeber, die uns auch morgen unsere Jobs erhalten. Seien es originale Läden, die sich trotz Grossisten erhalten. Seien es all jene Freiwilligen, die jedes Jahr aufs Neue die traditionellen Kultur-Events wie Fasnacht, Dorfeten, das Albanifäscht oder die Musikfestwochen ermöglichen. Seien es engagierte Nachbarn, die soziale Netze im Quartier festigen. Bei uns arbeiten Bewohnerinnen und Bewohner mit den Behörden Hand in Hand und schaffen die natürlichste, kreativste und sicherste Grossstadt der Schweiz.

Diese Stärken Winterthurs wollen wir – der Stadtrat gemeinsam mit der Bevölkerung – bewahren, indem wir die bewährten Werte laufend weiterentwickeln. Damit sorgen wir alle dafür, dass Winterthur weiterhin ein Wohn- und Arbeitsort von hoher Qualität und international wahrgenommener positiver Ausstrahlung bleibt.

Als Vorsteherin des Departements Sicherheit und Umwelt hatte ich dieses Ziel in den letzten Jahren stets vor Augen. Beispielsweise mit meinem Engagement für ein neues Polizeigebäude, das Winterthur als sicherste Grossstadt der Schweiz stärkt und der engagierten Zivilgesellschaft neuen Freiraum gibt. Mit dem polizeilichen „Kultur- und Gastronomanager“, der die Winterthurer Tradition der kurzen Wege in eine neue Szene führt. Mit verlängerten Öffnungszeiten für Strassenbeizen an geeigneten Lagen – damit Winterthurerinnen und Winterthurer Sommer-nächte auch nach Mitternacht unter freiem Sternenhimmel geniessen können. Mit der neuen Leistungsvereinbarung für das Albanifest, welche die Vereine stärkt und die Zukunft dieses grössten, jährlichen Altstadt-fests Europas sichert. Mit dem polizeilichen „Brückenbauer“, der eine Vertrauensbasis zu anderen Kulturen schafft. Und mit den zahlreichen Massnahmen aus dem Massnahmenplan „Energie“, der uns näher an das von der Stimmbevölkerung gewünschte Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft führt.

Bleiben wir gemeinsam dran! Sie mit Ihrer gelebten, kreativen Eigenverantwortung und ich als Stadträtin, die sich auch die nächsten Jahre sehr gerne für Winterthur einsetzen will. Es ehrt mich, wenn ich Sie auch in der nächsten Legislatur vertreten darf – zupackend, geradlinig, zuweilen hartnäckig und kämpferisch, aber immer bereit, im konstruktiven Dialog Lösungen zu finden. Für Winterthur, weil ich unsere Stadt von Herzen liebe!

IN DEN BESTEN HÄNDEN FÜR FAHRFREUDE.

HUTTER DYNAMICS AG WINTERTHUR.

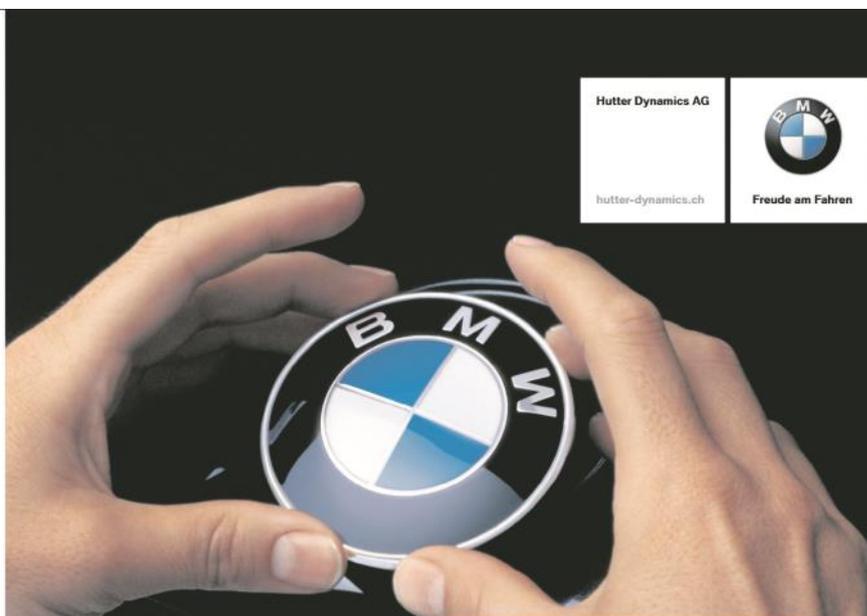
Hutter Dynamics AG

Hegmattenstrasse 3

8404 Winterthur

Tel. 052 244 77 77

www.hutter-dynamics.ch



Die Chancen der Kunststadt Winterthur

von Raphael Perroulaz, Vizepräsident Jungfreisinnige Winterthur



Am 22. Mai hat der Grosse Gemeinderat zum Geschäft-Nr. 2017.17 eine positive Entscheidung abgelegt. Was aber zuerst einmal un-

spektakulär und bürokratisch klingt, hat eine nicht zu unterschätzende Tragweite: Die Subventionserhöhung an den Kunstverein Winterthur von 350'000 Franken auf neu 1.12 Mio Franken. Damit wurde ein unverzichtbarer Meilenstein in der Umsetzung des städtischen Museums-konzepts gesetzt und somit der organisatorischen Zusammenführung von Kunstmuseum, Museum Oskar Reinhart und Villa Flora grünes Licht gegeben. Auch über 2 Monate nach dieser Entscheidung ist es vor allem eine Chance für Winterthur. Eine Chance, die auch der Kanton erkannt hat und das Vorhaben ebenfalls unterstützt, woraus die Beitragserhöhung um 700'000 Franken (neu 1.2 Mio) und max. 5 Mio. Franken für den Umbau, sowie 2.75 Mio. für den Kauf der Liegenschaft Villa Flora resultieren.

Winterthur hat kulturell bereits viel zu bieten, doch als Stadt ohne See oder Berge stellt sich die Frage nach einem Standortfaktor. Die Stadt besitzt eine einmalige Dichte an hochrangigen Kunstwerken mit nationaler und

internationaler Ausstrahlung. Die Namen der Sammler Reinhart und Hahnloser sind international bekannt. Nun bietet sich das Potential, sich als Kunststadt auf dem bronzenen Podest direkt hinter Basel und Zürich zu positionieren. Denn an Qualität mangelt es den Winterthurer Sammlungen keinesfalls, so kann künftig ein Spektrum vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart gezeigt werden. In unserer globalisierten Zukunft werden wohl auch nur die grösseren Museen eine Chance haben, überhaupt von der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Und die Gesellschaft



in Winterthur wird im Jahr 2040 laut kantonalen Prognosen rund 140'000 Einwohner zählen - 27'000 mehr als heute. Kunst und Kultur können als bildendes Gut zum Identifikationspunkt dieser vergrösserten Gesellschaft werden. Dieses Wachstum bietet somit Chancen.

Aber es genügt nicht, lediglich eine Erhöhung der öffentlichen Leistungen zu erwirken. Dieses Geld soll in erster Linie ein Fundament für erste, effizienzsteigernde Umstrukturierungen und hoffentlich auch erste Erfolge bilden. Was es letztlich benötigt, sind unternehmerisches Handeln und den Einsatz, zusätzliche Mittel aus privater Hand zu generieren. Nur so lässt sich Grosses erzielen. Ebenso muss die Sammlung Reinhart am Römerholz - hoch oben am Waldrand – gefühlsmässig näher in die Stadt gelangen, obschon sie in Bundesobhut liegt und deshalb fälschlicherweise im Museums-konzept quasi unerwähnt bleibt. Für das Publikum ist nicht die Eigentümerschaft, sondern das kulturelle Gesamtangebot relevant. Wobei die Publikumszahlen erheblich Verbesserungspotential aufweisen: Im Jahr 2015 besuchten nur knapp 90'000 Besucher das Kunstmuseum, die beiden Reinhart-Museen sowie die Villa Flora. Zum Vergleich verbuchte das Kunsthaus Zürich im selben Jahr 290'000 Eintritte. Mit der Neuorganisation und dem neuen Markenauftritt der hiesigen Kunstmuseen ab Januar 2018 bietet sich hier die Chance, eine bessere Präsenz zu erzielen. Diese Präsenz kommt der ganzen Stadt zugute und kann eine ungemeine Strahlkraft entwickeln.

Zur schweizweiten Nummer 3 ist es noch ein weiter Weg, doch es lohnt sich, diesen zu gehen und zu entwickeln. Es ist und bleibt eine Chance für Winterthur.



Basel West

wenn Schönes entsteht

Roth Gerüste AG
Riedhofstrasse 45
CH-8408 Winterthur

Tel. 052/209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
wenn Schönes entsteht

Jedes Rüebli zählt

von Patrick Eugster, Vorstand FDP Bezirk Andelfingen, Gemeinderat Waltalingen



Was passiert mit den Rüebli, welche die Norm der Grossverteiler nicht erfüllen? Zwar nicht mit dieser Frage aber voller Leidenschaft begrüsst der Eigentümer

Christian Rathgeb die zahlreichen Gäste - nicht nur FDPler wollten sich die Führung in einem der grössten Biobetriebe der Schweiz nicht entgehen lassen.

Aus dem ehemaligen kleinen Familienunternehmen ist dank zukunftsweisenden Entscheidungen und viel Einsatz ein 300 Hektar grosser Betrieb entstanden, der die Rathgeb Bio-Produkte AG, die Rathgeb Natura AG, die BioFresh AG und die Rathgeb Biolog AG um-

fasst. 60 Gemüsesorten werden angebaut mit Rüebli, Kartoffeln, Tomaten und Nüsslisalat als Leader-Kulturen.

Den Lead auf der Betriebsführung übernahm anschliessend der Chef höchstpersönlich. Auf dem Rundgang wurde die Dimension, die der Betrieb erreicht hat, eindrücklich ersichtlich. In riesigen Kühlräumen stapelte sich der Nüsslisalat, damit der Kunde das ganze Jahr hindurch frischen Salat geniessen kann.

Auch im Raum mit den verschiedenen Sortiermaschinen wurde einem bewusst, wie viel Professionalität, Präzision und Technologie mittlerweile in den Bauernbetrieben Platz gefunden hat: Eine Gurke muss die richtige Krümmung und Länge haben und auch das Rüebli sollte perfekt aussehen, um in den Regalen der Supermärkte zu landen.

Doch was passiert mit dem grossen Rest? Auch die krummen Rüebli, die zweibeinigen

Rüebli, die Rüebli mit Auswüchsen, die zu grossen oder zu kleinen Rüebli und die zerbrochenen Rüebli werden aus ökologischen, ethischen und wirtschaftlichen Überlegungen alle weiter verwertet. So zum Beispiel in den preiswerten "Gmüeschischtli", von Mitarbeitern, in den Biotta-Gemüsesäften, von Hilfsorganisationen oder zur Gewinnung von Strom in der Biogasanlage - jedes Rüebli zählt.

Die FDP Bezirk Andelfingen kann sich Rathgeb somit gleich zweifach zum Vorbild nehmen: Die FDP muss sich noch stärker für die Freiheit jedes einzelnen Individuums einsetzen. Nicht nur die privilegierten Menschen haben in der Schweiz etwas zu sagen, sondern die Stimme jedes Einzelnen - unabhängig seines Aussehens, seiner Herkunft oder seines Einkommens - zählt. Zudem kann die FDP mit einer klaren, freiheitlichen Strategie und mutigen, fortschrittlichen Entscheidungen weiter wachsen - am besten schon bei den nächsten Wahlen.

Ein Schmetterling für Winterthur

„Min Platz i de Altstadt Winterthur“ – so lautet die Sitzbankaktion der Jungen Altstadt, an welcher die FDP als einzige Partei mitmacht

von Markus Wenger, Gemeinderat



Firmen, Privatpersonen, aktive Vereine sowie unsere Partei haben mit viel Herzblut wahre Schmuckstücke geschaffen. Bis im Oktober laden 76 individuell gestaltete Sitzbänke ein, darauf Platz zu nehmen und zu verweilen.

Seit dem 6. Mai kann der FDP Schmetterling an der Stadthausstrasse, zwischen dem Sommertheater und dem Museum Oskar Reinhart, bewundert werden. Es hat sich herausgestellt, dass unser Schmetterling ein beliebtes Fotosujet ist. Ob Kinder mit ihren Müttern, Jugendliche via Selfie, Paare, Freundinnen oder selbstbewusste Männer – alle neh-

men mit einem breiten Lächeln im Gesicht Platz.

Handwerk Kunst

Im vergangenen November wurde die Bank als Rohling angeliefert. Nachdem Lena Wenger den Vorstand von der Schmetterlingsidee überzeugte, wurde auf Mass ein neuer Bankrücken gefräst und montiert. Gut zwei Monate Handarbeit, viel Schleifpapier und etwa 5 Liter Farbe hat sie in ihr Werk investiert. Auf einem unterhaltsamen Film ist das Making of festgehalten und kann auf Facebook betrachtet werden. (FDP Mehr Lösungen. Mehr Winterthur oder Lena Wenger artforpeople).

Von der Raupe zum Schmetterling

Der Schmetterling steht für Fortschritt, Freiheit, Vielfalt und Schönheit. Aus einer Raupe wird nach der Verpuppung ein schöner Schmetterling. Für diese Metamorphose steht auch die FDP. Wir erkennen Problemfelder, denken nach und entwickeln Lösungen. Wir überzeugen, kämpfen und suchen Partner. Dies vor allem für unser Winterthur, der wichtigsten Stadt der Welt. Beispiel gefällig?

Die Stadtverwaltung hat aus Kostengründen 40 von total 1800 Bänkli in der ganzen Stadt abmontiert. Die FDP hat eine neue Sitzgelegenheit geschaffen, wie 75 andere auch - und jedes dieser Bänkli ist schöner als jene, die abgebaut wurden.



Einladung mitzumachen

Setzt Euch auf die Sitzbank, macht Selfies und Fotos und posted diese auf Facebook, Twitter oder versendet eine Gratis Postkarte und und ...

Probiert es aus. Es sieht gut aus und macht Spass!

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Ort
29.08.17	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann
01.-03.09.17		FDP Seen	Seemer Dorfet	Helfer und Helferinnen gesucht www.fdp-winterthur.ch
05.09.17	19.00	FDP Kanton Zürich	a.o. Delegiertenversammlung	Details auf www.fdp-zh.ch
07.09.17	18.00-21.00	FDP Turbenthal	Spazieren mit NR Ruedi Noser	www.ruedinoser.ch
26.09.17	18.45	FDP Winterthur	Neumitgliederapéro	Banana City
26.09.17	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung / Nomination Gemeinderat und Stadtrat mit Apéro	Banana City
28.09.17	17,45	FDP Wiesendangen	Besichtigung Metzgerei Würmli AG	Siehe unten
29.09.17	18.00	FDP Kanton Zürich	Sessionsapéro	Details auf www.fdp-zh.ch
31.10.17	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann

Besichtigung Metzgerei Würmli AG

Die FDP Wiesendangen lädt ihre Mitglieder, Gäste und Interessierte zur Betriebsbesichtigung ein

Datum: Donnerstag, 28. September 2017, 17.45 Uhr

Ort: Metzgerei Würmli, Püntstrasse 35, 8543 Gundetswil

Programm: 17.45 Uhr Eintreffen

18.00 Uhr Begrüssung von Herrn Andreas Würmli, Inhaber und CEO Metzgerei Würmli, anschliessend Führung durch den Betrieb

ca. 19.30 Uhr Abschluss und Apéro riche vor Ort

Kosten: Betriebsbesichtigung kostenlos, Essen als Apéro riche 50 Franken pro Person, inkl. Getränke (Bezahlung vor Ort)

Anmeldung: bis 21. September 2017 bei Geri Storz, Dorfstrasse 92, 8542 Wiesendangen, gerhard.storz@swissict.ch, 079 237 68 68

Ihre Liegenschaft. Unsere Leidenschaft.



„Der HEV ist ein kompetenter und seriöser Partner auf den man sich verlassen kann. Als Mitglied unterstütze ich das Engagement des HEV für die Haus- und Wohneigentümer.“

Dieter Kläy
Präsident FDP Winterthur

Werden Sie Mitglied und profitieren Sie:

- kostenlose Rechtsberatung
- informative HEV-Zeitung
- Vergünstigungen bis CHF 500.-
- auch für zukünftige Hauseigentümer

HEV Dienstleistungen zu Ihrem Vorteil!

Möchten Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen?

Wir organisieren den gesamten Verkauf, von der Preisfestlegung bis zur Abwicklung der Grundstückgewinnsteuer. Unabhängig, seriös und kompetent.

Alle HEV Dienstleistungen stehen auch Nichtmitgliedern zur Verfügung:

- Bau-, Energie- und Rechtsberatungen
- Immobilien Schätzungen
- Immobilien Verkäufe
- Immobilien Vermietungen



HEV Region Winterthur

Hauseigentümergebiet Bezirke Andelfingen, Pfäffikon und Winterthur

Telefon 052 212 67 70
www.hev-winterthur.ch

Die Nr. 1 beim Thema Liegenschaften in Ihrer Region • Bauberatung • Rechtsberatung • Schätzung • Verkauf • Vermietung

Sämtliche Termine der FDP Winterthur finden sich laufend aktualisiert unter www.fdp-winterthur.ch/veranstaltungen

Impressum

Redaktion und Layout: Dieter Kläy, Monica Schaub und Martin Kuhn

FDP Winterthur, Neumarkt 15, 8400 Winterthur

Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch, www.fdp-winterthur.ch, PC Konto 84-1190-2